

Hochschulreform und Politik

Ein sehr kurzer Essay

Michael Daxner
Pristina/Oldenburger

Ich bin bis heute ungebrochen der Meinung, dass der Zweck von Hochschulpolitik die Reform ist. In Anlehnung an Hannah Arendts Freiheit als Zweck aller Politik verstehe ich darunter, dass die Reform der Universitäten die ständige Vermittlung sich entwickelnder und geordneter Wissenschaft an die gesellschaftliche Relevanz ihrer Praxis ist – ihrer öffentlichen Praxis wohlgemerkt, mit der Hochschule als republikanischem Ort.

Ich schreibe diese Zeilen in einem Pariser Hotelzimmer, auf Kurzurlaub von der Realität im Kosovo, wo ich lange Zeit für das gesamte Bildungswesen eine Art Regierungsverantwortung trug, und jetzt als internationaler Berater eines Ministers der Selbstverwaltung die Brücke zum internationalen Mandat der Vereinten Nationen (UNMIK) herstelle, bevor ich zu anderen Ufern aufbreche. Hier in Paris tauche ich in meine Vergangenheit ein, wieder OECD, UNESCO, französisches Bildungsministerium... wie in alten Tagen, auf dem 'Planeten 1', wie ich mein früheres Berufsleben nenne. 1970 war ich erstmals Delegierter bei einem Reformprogramm, IMTEC hieß das, und war ein Schulreformprojekt der OECD. Dazwischen liegen über 30 Jahre Berufserfahrung, die mir den Titel 'Hochschulreformer' eingetragen haben, obwohl ich mich selbst als politischer Wissenschaftler verstehe. Ich soll mich also zum Missverhältnis, denn ein solches ist es, von Reform und Politik äußern, und tu dies, nicht ohne ironische Selbstbegrenzung, ohne Apparat, Literatur- und Quellenfundus, aus dem gespeicherten und sicher nicht objektivistischen Resümieren heraus, das dieser Tage bei mir ohnedies angesagt ist. Auf diese Weise folgen meine Gedanken dem bilanzierenden literarischen Muster – einer bilanziert – und versagen sich dem x-ten Resümee zum 'State of the Art'.

Hochschulreform folgt entweder dem Markt und legitimiert, was dieser in Politik schon umgesetzt hat, oder sie legitimiert, was die Politik gegen den Markt durch- und umsetzen möchte, selbst eingebunden in den Kontext vieler Interessen, von Professoren, Studierenden, Medien, Wirtschaftlern, Gewerkschaften und Kulturkritikern.

Der Hauptstrang aller Reformen hat sich, mit unterschiedlichsten Begründungen, darin verfangen, immer mehr Studierende mit immer weniger umverteilten Steuergeldern durch öffentliche Hochschulen zu schleusen, und zugleich soviel Forschung wie nötig in diesen Hochschulen zu belassen, in einer undeutlichen Ahnung, dass damit die Qualitätsfrage besser beantwortet würde als durch zu starke Steuerung oder völlige Auslagerung der Forschung.

Das primäre vor-68er Reformmotiv, das europaweit, weltweit zu einer tatsächlichen Expansion und Erneuerung führen sollte, hatte etwas mit dem kalten Krieg und den dafür nötigen Qualifikationen zu tun: Nach dem Sputnikschock von 1957 wurde endlich die elitäre Vorstellung, dass die Hochschulen vor allem zur Reproduktion professioneller Eliten dienen sollten, aufgeräumt, und man entdeckte, dass die Massendemokratie auch im Bildungsbereich zur Befestigung des eigenen Lagers tauglich sein könnte. So kann man die Konzentration auf den tertiären Sektor bei der OECD verstehen. So erklärt sich das Entstehen einer bildungsökonomisch und sozialpolitisch fundierteren Hochschulforschung. So verstand sich die Expansion der 60er Jahre in Westdeutschland: Nutzbarmachung vorhandener Begabungs'reserven' für eine professionelle Aufrüstung der Gesellschaft, also eine direkte Korrelation von Hochschulbeteiligung und erhofftem Wirtschaftswachstum, incl. sozialer Befriedung.

Die Schritte im Hauptstrang der Reform waren damit vorgezeichnet: Expansion, Legislative Absicherung, Rationalisierung des Betriebs, Qualitätssicherung. Entsprechend wurden die diskursiven Strategien ständig angepasst: Ging es anfangs um den Zugang zur Hochschule (bildungsferne Schichten erschließen), so hat das Hochschulrahmengesetz die korporative Absicherung von ‚Universität' gegen den restlichen Tertiären Sektor bewirkt und Partizipation der Teilgruppen als Demokratie verkauft, um den Nebenstrang – der etwas später abgehandelt wird – zu befriedigen. Noch später entdeckte man, dass die Kosten nur gesenkt werden konnten, wenn man die Steuerzahler als ‚Stakeholder' dazu vorschoben konnte, damit die Kosten begrenzt werden und mehr Eigenbeteiligung der Studierenden und betriebswirtschaftliche Verantwortung der Anstalt ge-

fordert werden konnten, ohne Proteststürme zu provozieren, („Accountability“ hieß das Schlagwort).

Als der Markt sich endlich so verhielt, wie seine Propheten es lange vergeblich herbeigewünscht hatten, nämlich transnationale Konkurrenz produzierte, wurde der Reformkern hin zur Frage von Anerkennung von Qualität verschoben und eine riesige Legitimationsmaschinerie aufgebaut, die Evaluation, Akkreditierung und den Wandel von der staatlichen Anstalt zum autonomen Unternehmen mit sich bringen sollten. Hier halten wir zur Zeit, in der merkwürdigen Duldungsstarre eines Konsens zwischen Gruppen, die eigentlich jede etwas ganz anderes gewollt haben.

Paradoxe Zwischenbilanz: ‚Eigentlich‘ sind die meisten Reformen geglückt, wenn auch kontrafaktisch und gegen die Intentionen ihrer Protagonisten – das lässt sich europaweit so sagen, und gilt auch im vereinigten Deutschland so generell (nur die Aufstiegswege zu den oberen Professorenrängen sind hier und in Österreich noch mehr verkrustet als anderswo). Ich habe fast alle diese Bewegungen aktiv, oft konzeptionell mitgemacht und sie gegen die fundamentalistische Kritik des wichtigsten Nebenstroms, aus dem ich selbst kam und schöpfte, verteidigt. Dieses zweite Paradox gilt es, zu verdeutlichen.

Der Nebenstrom hatte in Westdeutschland leichtes Spiel, den Wirtschaftskonnex – mehr Bildungsbeteiligung, besser soziale Chancen – aufzugreifen, ohne gleich: mehr Wachstum oder hegemoniale Wirtschaftsmacht! zu schreien. Es genügte, die politisierte Basis auf die gesellschaftliche Relevanz von Bildung für das kapitalistische System selbst und für seine Überwindung (letztlich durch pädagogische Reformen und eine Öffnung zur Gesellschaft, also in einem radikalisierten Liberalismus) aufmerksam zu machen. Die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz ist für mich bis heute der Maßstab aller Reform geblieben, allerdings kann man sie ja sehr unterschiedlich beantworten: Da man die Universität nie in Frage stellte, ihr nur einen immer differenzierteren Tertiären Sektor zur Seite gab, konnte man die Relevanz von der Wissenschaft her aufdröseln, also von der Forschung und ihrem gesellschaftlichen Kontext ausgehend, man konnte auch die Frage nach dem, was gelernt und was angewendet werden sollte, in den Mittelpunkt stellen (wieweit sollen Universitäten auf konkrete Berufe vorbereiten – 10 Jahre Diskussion im Vorfeld des Hochschulrahmengesetzes!); man konnte seinen Generationenkonflikt zugleich ins faschismuskritische Große und ins mikrosozial Fa-

miliäre delegieren; man konnte etwas reflektierter die Potenziale anpeilen, die durch den Umgang von Menschen mit Wissenschaft freigelegt werden können (‚Bildung durch Wissenschaft‘), alles ‚im Dienste des Volkes‘, und so falsch lag der anti-elitäre, moralisch-visionäre Duktus ja nicht, wenn man sich das Ergebnis der Umwandlung der Universitäten in Massenhochschulen und den durchschnittlichen Erfolg der deutschen AbsolventInnen auf dem Binnenmarkt ansieht.

Festhalten muss ich, dass es schwer ist, ‚wir‘ zu sagen, denn es waren wenige, die dem Trend zum Diskurs verhalfen, und das ‚Man‘ deutet auf die Bewegungen außerhalb unser selbst hin. Die Wiederentdeckung der ‚Hodegetik‘ als Hochschuldidaktik trägt ein wenig die Ironie bei sich, dass das Professionalisieren einer Idee in Zeiten des Umbruchs den Pädagogen doch viel schwerer fällt als, sagen wir, den Informatikern. Und hier gäbe es in der Tat eine Kritik der politischen Ökonomie am kleinen Objekt zu leisten ... – aber wen kümmerte sie endlich?

Gut geglättet, sage ich mir. Der beinahe vollständige Allparteienkonsens einer etatistischen Reform ist in Deutschland besonders auffällig. Wir können ihn sozialdemokratisch nennen, um ihm das wohl größte Paradox entgegenzustellen, dass die ganzen linken Parolen, die leider auf ihren marxistischen Unterbau weitgehend verzichteten und hochsublime Existenzängste ausdrückten, dem liberalen Gegenpol zuarbeiteten, nämlich der Marktöffnung. Wie dies? Weil Studenten, Bildungsgewerkschaften, gesellschaftskritische Reformgruppen und hochegoistische ‚Maulwürfe‘ der Reform, wie die ständisch-vordemokratischen ASten, in der staatlichen Regelung interner Unverbindlichkeit ihre Freiräume am besten zu schützen versuchten, musste das Hochschulsystem dort in den Markt hinein aufbrechen, wo die Gesellschaft tatsächlich und kurzfristig andere Typen von Arbeitskraftangeboten und Produkten brauchte. Privathochschulen, privatisierte Forschungsinseln in den Hochschulen, auch ein gewisser Brain Drain sind keine Folge schlechter Ausstattung allein oder zu großer bürokratischer Gängelung, sondern auch einer zu starken politischen Binnenstrukturierung (die Mitbestimmungsdebatte in der Hochschule hat sie um die Mitbestimmung in der Gesellschaft gebracht; letztere wird heute noch von einer winzigen Elite von Großordinarien = Consultants dominiert).

Zurück zur Eigentlichkeit, die ihre ‚Abers‘ schon bereithält. Die jeweiligen strukturkonservativen Gegner der Reformen stemmten sich rhe-

torisch gegen die massendemokratische Öffnung und die damit verbundene (tatsächliche) Entprivilegierung der Ordinarien sowie die (virtuelle, unechte) Entprivilegierung der Studierenden. Deren Lebenslüge ist, dass das Reformsystem unsozial sein muss, weil immer weniger Arbeiterkinder an der Hochschule zu finden sind, dabei übersehen sie, dass der Erfolg der Massenuniversität mit zum Untergang der Arbeiter'schicht' als Rollenmodell des Aufstiegs maßgeblich beigetragen hatte. Beide Lager schimpften – und schluckten, was sich durchsetzen konnte (nicht systemnotwendig musste, aber doch im großen, internationalen Trend der Verwandlung des Wissenschaftsmarktes in eine global Dienstleistung lag, die heute durch die WTO konsequent zum Abschluss gebracht werden will). Schimpfen und kaufen war gleichermaßen gefahrenarm: zwar hat die Gruppenuniversität nicht zur Demokratisierung beigetragen, aber sie hat der Wissenschaft auch nicht geschadet. Zwar hat die Öffnung zu kommerziellen Ausgründungen keine wirkliche Stärkung unternehmerischer Autonomie gebracht, aber auch keineswegs eine stärkere ‚Unterwerfung unter das Kapital‘ bewirkt als schon vorhanden. Zwar hat die Evaluationsindustrie gemessen am Aufwand nicht viel zur Qualitätsverbesserung beigetragen, ist aber arbeitsplatzaktiv und hindert das Ausbreiten von noch mehr Beliebigkeit.

Ich erkenne die dichtgedrehte Doppelhelix von kritischer Selbstreflexion auf Welt und Gesellschaft und Marktbedienung als den Normalfall von Hochschule, die sich immer reformieren muss, weil der eine Strang den andern bedrängt und blockiert. Darum geht es bei den Reformen auch: dass die eine der beiden Seiten die andre taktisch benutzt. In der Leitbilddiskussion wird das deutlich: Die Mission der sich profilierenden Hochschule muss so angepasst wie markttauglich nötig, so kritisch und originell wie nötig sein, und lässt darum die Ironie der ‚eigentlichen Kritik‘, welche die (Selbst-)Zensur ist, überklar aufblitzen...

Die Politik versteht das nicht so gut, weil sie von beiden Seiten opportunistisch beraten wird, und die Hochschulforschung traut sich nicht so richtig heran, weil sie um ihre Auftraggeber fürchten muss. Das Paradox der Eigentlichkeit liegt darin, dass die Massenuniversität die beiden Stränge stärker aneinander bindet als ihre feinen Vorgänger, und dass jede Hochschule zugleich Marktmacht und Störfaktor sein kann – jede gute, sagen wir vorsichtig.

An dieser Stelle hält es mein intellektuelles Über-Ich nicht mehr aus und geißelt das resignierte Nachgeben gegenüber der Geschichtsmächtigkeit des Modernisierungsprozesses der letzten Jahre. Und ich schlage zurück: ich sehe das alles, kann es belegen, und dennoch: quia absurdum; nicht: welche Alternativen waren jeweils vorstellbar, sondern welche waren machbar? Ich gehe nicht auf den deutsch-österreichischen Sonderweg besonderer Verspätung ein, aus dem sich die Phäaken von der Donau übrigens gerade schneller befreien als die Philister vom Rhein, aber das wäre ein Thema für Gift & Galle im nächsten Heft. Da uns als Alternative zur Ontologisierung der bestehenden Universität (ihres Bildes) nichts einfiel als Diversifizierung und Differenzierung (zu recht, mehr Stakeholder haben unterschiedlichere Interessen und Nachfrage als die chargierten Verbindungsbrüder der 50er Jahre), war die tatsächliche Reform konsequent, und sie war niemals ein echter Paradigmenwechsel, eine Wende. Sie war auch nie optimal, bei uns auch nicht maximal, wie es manchmal Nachbarn, Finnen oder Neuseeländer versuchten, aber sie belasteten auch das ‚loosely coupled system‘ nur soweit, dass einzelne Elemente im Reformkataklysmata nicht gleich das ganze Hochschulsystem gefährdeten.

Es kränkt meine Distinktionsfähigkeit, wenn die pragmatische Einführung der hochschulpolitischen Praxis den modellplatonischen oder nominalistischen Diskursen entgleitet (oder, sehr viel rüder: wenn politische Entscheidungen sich weder auf plausible Modelle noch auf eine sachzwänglerische Ausrede stützen, sondern einfach den Dingen durch scheinbare Eingriffe ihren Lauf lassen). Modellplatonisch: deskriptive Gemälde, das Burton'sche Dreieck, die vier Formen von Autonomie im Koordinatenkreuz, die Korrelation von Hochschulabschlüssen und BNP ...das wär's für die Einen, die Andern nennen alles, was sie tun, ‚autonom‘ oder ‚effizient‘.

Statt der Kränkung wünsche ich mir die Kraft zurück, diesen Diagrammen implementierbare Programme einzuschreiben, und die Autonomie an den harten Realitäten der politischen Ökonomie (man liest richtig!) zu testen: Erhalten die Hochschulen nun unternehmerische Freiheiten mit den Privilegien der Insolvenz und – in politischen Grenzen – der Extraprofite? (Für mich bis heute traumatisch, ein ‚Anlass‘ geringster Dimension, der mich zu Thomas Bernhard'schen Tiraden hinreißen möchte: Als ich endlich einen Globalhaushalt für meine Universität ertrötzt hatte, der ohnedies ministeriell ins Bonsaiformat beschnipselt wurde, als wir endlich unternehmerisch der Hochschule ein transparentes und

ertragreiches wirtschaftliches Handeln ermöglichen wollten, untersagte uns die Politik das Einkaufen in eine Kapitalgesellschaft, das ich anstrebte, damit die Universität, als Teil der Öffentlichkeit wohlgermerkt!, über die Verwertung ihrer eigenen Resultate Einfluss erhalten sollte.)

Die Kollateralschäden des Missverhältnisses von Reform und Politik sind beträchtlich. Studierende Subjekte sind aus beiden verschwunden, die ‚StudentInnen‘ oder gar Erstsemesterinnen und Erstsemester kommen als statistische Größe oder als Klienten vor, aber nicht als Subjekte der Reform. Die Politik hat sich von der Diskussion um Generationenkonflikte, um Tradition und Kulturrevolution, um die Hochschule als fundamental wichtigen Ort für Zivilgesellschaft und Demokratie verabschiedet, ohne je anders als oberflächlich in diesem Diskurs angekommen zu sein, und die Hochschulforschung ist, pardon, die Hure dieses Abschieds.

Andere Schäden: Es gibt keine Auseinandersetzung zwischen ‚Skills‘ und ‚Knowledge‘, wenn es um den Bedarf an einem wissenschaftlichen Anteil geht, den diese beiden Ausbildungsaspekte haben. Eine sozialpolitische Scheindiskussion der ewigen Nichtprofessoren gegen die Papiertigerordinarien verdeckt den Wandel der Profession, die eben nie so richtig ‚professionell‘ war, da sind uns die USA weit voraus. Das Jahrhundertthema Bafög und/oder Studiengebühren ist kleingemahlen worden von der Kioskmentalität feiger Koalitionen. Am schlimmsten aber: Die Dialektik von öffentlicher und privater Sphäre ist unbegriffen geblieben, im begrifflichen Netz des 19. Jahrhunderts (staatlich oder privat) gefangen. Worthülsen, wie das ‚Recht auf Bildung‘ zur Legitimation der etatistischen Juso-isierung des Diskurses, verdecken, dass es ja bei der Reform leider um Bildung nicht oder zuletzt geht, und die Nichtbildung an den Hochschulen muss ja auch jemand bezahlen...

Wer schimpft, der kauft. Das gilt auch für mich. Kühl beobachte ich, wie sie dennoch alle an die Uni wollen, Junge wie Alte, und wenn nicht in Deutschland, so an die London School of Economics (das ist deshalb so gut, weil es zeigt, dass sich Qualitäten auf die Dauer nicht zuschwätzen lassen). Ich beobachte, dass sich fast alle Hochschulen und die Politik den ‚Europäischen Standards‘ unterwerfen wollen, ‚Bologna‘ und jede andre Reform zu unterlaufen oder den sauberen Pelz ohne Waschgang vorweisen zu können. Ich beobachte, wie wir uns plötzlich internationalisieren, nicht aus Einsicht und mit Methode, aber mitgegangen in der Abwehrschlacht gegen das, was Globalisierung genannt wird.

Keine mir bekannte Hochschulreform der letzten 30 Jahre war wirklich inklusiv, demokratisch, im Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Alle Reformen aber haben tatsächlich massendemo-kratischen Fortschritt gebracht, zu Lasten des Referenzmodells ‚Europäi-sche Universität‘ modo Humboldt, Oxbridge, Sorbonne oder Konstanz. Sie funktionieren ... oder etwa nicht? Doch, und obwohl Hochschulen ‚langsame Systeme‘ sind, könnten sie ganz ohne Qualität und ohne ir-gendeine (empirisch auffindbare) gesellschaftliche Relevanz nicht über-leben – die gleichen Reformen haben ja tatsächlich viele Universitäten zum Tod verurteilt.

Naht sich das Rettende auch? Aber ja doch, ihr Kultusminister und Rektorenkonferenzen! Der Tertiäre Sektor wird auffangen, was die Uni-versitäten abschuppen. Da sehe ich kein echtes Problem. Die Politik al-lerdings sollte einsehen, es sollte ihr klargemacht werden, dass die ‚ei-gentliche‘ Hochschulreform nicht beschlossen, verkündet und gemacht werden kann. Sie sollte sich statt dessen das ‚Nicht-Eigentliche‘ der Hochschule, der Wissenschaft (Ulrich Teichler) zum Gegenstand ma-chen, um die Systemumgebung gründlich zu renovieren, Bafög, Prüfun-gen, Zulassungsbedingungen, Studentenheime, Lebenswelten...

Es gibt auch eine kleine Rettung. Peter Glotz etwa ist ihr Protagonist, letzthin in der ZEIT vom 4. April 2002. Da steht alles normativ, was sich vollzieht. Und was die letzte Novelle des Hochschulrahmengesetzes be-trifft, ist sie ein gutes Beispiel dafür, wie ernsthaft politisch Gemeintes doch wieder nur in den Mainstream eingeleitet wird, als Kontamination der beiden antagonistischen Ideen von Marktwirtschaft und aufgeklärter Wissenschaft.

Ich kann da immer wieder einsteigen, das gibt mir ein wenig Gelas-senheit. Ich erinnere mich an den Grundsatz zu Anfang dieses Versuchs, und ich denke mich in die Rolle eines verantwortlichen Politikers, der, um gute Hochschulen erhalten und ausbauen zu können, den Menschen klarmachen will: Der gesellschaftliche Mehrwert der Hochschulen sollte nicht infrage gestellt werden, aber auch nicht, dass er nicht größer sein kann oder soll, als die Summe seiner direkten und indirekten privaten Mitnahmeeffekte aus der öffentlichen Einrichtung. Der daraus sich erge-bende politische Handlungsspielraum ist groß genug, um gute Hochschu-len in breiter Vielfalt weiter entstehen und sich entwickeln zu lassen.

Ich reise aus Paris ab, zurück in den Kosovo. Wir versuchen dort, wie auf dem übrigen Balkan, so viele Hochschulen wie möglich den Standards der realisierten Reformen so schnell wie möglich anzunähern. Der Kosovo, als Beispiel, hat eine vierzigjährige Geschichte von Hochschuleinrichtungen, mit einer 1970 gegründeten Provinzuniversität, die, für die Zeit, den Ort, die Umstände, sogar recht gut sich anließ, Qualifikation und lokale Eliten produzierte, bevor sie politisch gemeuchelt wurde. Auferstanden aus ihr sind zwei Universitäten, eine albanisch-sprachige und eine in slavischen Sprachen, beide mit einiger öffentlicher Begleitmusik, die mir täglich klarmacht: bloß um den kümmerlichen Arbeitsmarkt von heute oder in 5 Jahren zu bedienen, braucht es dieser Universitäten nicht. Sie sind vielmehr nötig, um wieder einmal eine politische Klasse zu produzieren, eine, die demokratischer, zivilgesellschaftlicher, politischer (aber entpolitisiert) als die vorangegangenen Eliten diese ersetzen wird.

Irgendwie – auch so ein Wort wie ‚eigentlich‘ –, irgendwie erfinden wir die Universität dort neu, weil die Brüche zu den vorhandenen Modellen in Frankreich, Deutschland und Österreich noch zu groß sind, noch zu viele Adaptationen brauchen, um mit der Demographie fertig zu werden, die uns eine ganze Generation von unter 25-Jährigen an die Universität schickt ... – und weil das Land durch einen grausamen Krieg und Nachkriegstraumatisierung ist, sollten die Hochschulen auch noch die Rolle der Befestigung etwas friedlicherer Strukturen spielen. Aus der Sicht der Politik ist damit das Verhältnis nicht besonders gestört, nur regulär spannungsreich. Um die beiden zusammenzubringen, kann man sagen: Kosovo ist überall, nur die Problemlösungen sind lokal unterschiedlich.

Wie wird das erst werden, wenn, wie wir erwarten, sich die USA in der WTO durchsetzen und im Rahmen der Dienstleistungsliberalisierung den Bildungsmarkt, vor allem die Hochschulen, öffnen? Ich denke mir Szenarien, in denen wir diese Öffnung im Westen, sagen wir in den Niederlanden und Großbritannien begrüßen, und wo wir die Folgen schon beim ersten Franchising-Versuch auf dem Balkan perhorreszieren. Politik – weit und breit nicht zu sehen.

Streng, von der Redaktion meiner Gedankenpresse zur Ordnung gemahnt, fange ich meine Gedanken wieder ein. Derweilen sich in meinem Arbeitszimmer zu Hause und an meiner Mutteruniversität die hochschulpolitische Forschungsbibliothek in ein Archiv verwandelt, resigniere ich doch wieder. Mit der Vertreibung der Studenten und der Wissenschaft aus dem

Hochschuldiskurs, mit der Reduktion aller Beteiligten auf kostenrelevante Größen und aller Investitionen auf verlorene Zuschüsse hat sich die Politik amputiert, während die Hochschulen das schöne Leben von Invaliden noch eine Zeitlang weiterleben werden, und die Besten der Zukunft werden im Ranking ganz oben stehen, und da gestehe ich meinen Wandel ein: zu Recht! rufe ich aus, und liebe den Grossen Bruder noch immer nicht.